

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Anzeigenteilung: 1.20 Mk. (12 Hefen), 2.40 Mk. (24 Hefen), 4.80 Mk. (48 Hefen), 9.60 Mk. (96 Hefen).
Zusatz: 10 Pf. für den Postzuschlag. Einmalige Anzeigen: 1.20 Mk. (12 Hefen), 2.40 Mk. (24 Hefen), 4.80 Mk. (48 Hefen), 9.60 Mk. (96 Hefen).
Zusatz: 10 Pf. für den Postzuschlag. Einmalige Anzeigen: 1.20 Mk. (12 Hefen), 2.40 Mk. (24 Hefen), 4.80 Mk. (48 Hefen), 9.60 Mk. (96 Hefen).
Zusatz: 10 Pf. für den Postzuschlag. Einmalige Anzeigen: 1.20 Mk. (12 Hefen), 2.40 Mk. (24 Hefen), 4.80 Mk. (48 Hefen), 9.60 Mk. (96 Hefen).

Redaktion: Gr. Poststraße 14, D. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Poststraße 14, D. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die 5spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Beispielsweise 20 Pf. Insetts müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194.

Dresden, Mittwoch den 23. August 1911.

22. Jahrg.

Das Ergebnis der Landesversammlung.

Die Landesversammlung in Weissen brachte sicher für viele Parteigenossen im Lande infolge einer Ueberzeugung als der vorher in fast allen Parteiverfassungen und der Parteipresse lebhaft umstrittene Entwurf der Kommissar-Organisationsstatut nach einer nochmaligen Nachprüfung durch eine zu diesem Zweck gewählte Kommission ziemlich übereinstimmend angenommen wurde.

Das ist erklärlich, wenn man weiß, daß sich der Widerstand in der Hauptsache gegen bestimmte Paragraphen richtete, die die Organisation und die Finanzen betrafen. In betreff des Presseparagraphen war der Widerstand weit geringer, und nachdem von den Vätern des Entwurfs und von seinen Befürwortern die loyalste Handhabung der freigegebenen Bestimmungen aufs bündigste zugesichert worden war, wurde einem Antrag Schöpfstins zugestimmt, der Abweisung ohne Debatte nach Paragraphen verlangte. Die Zustimmung war zwar damit einverstanden, wollten aber für das Recht in Anspruch nehmen, ihren Antrag zum Organisationsstatut, Veränderung der Teilnahme der Abgeordneten an den Landesversammlungen, begründen zu können. Nachdem von anderer Seite aber darauf hingewiesen worden war, daß das eine Wiederaufnahme der Debatte über das ganze Organisationsstatut verlangt werden müsse, nahm die Landesversammlung mit großer Majorität den Antrag Schöpfstins an.

Der Entwurf bringt vor allem folgendes: Eine Abminderung von mindestens 10 Prozent an die Bezirksvereine, die in Verbindung mit dem Landesvorstand das Recht haben, an allen Bezirks- und Kreisversammlungen teilzunehmen und beschließend teilzunehmen, die die Presse in ihrer grundsätzlichen und tatsächlichen Haltung zu überwachen, und die Delegation nach der Mitgliedszahl, nicht beschränkt durch eine Höchstzahl.

Dieser Entwurf ist nur bis zu seiner eventuellen Veränderung lässlich Parteigesetz und muß als solches von allen Parteigenossen, es sie damit befriedigt sind oder nicht, respektiert werden. Das erfordert die Disziplin. Wenn sich Mängel herausstellen sollten, wird es das gute Recht der Parteigenossen und auch der Presse sein, deren Abstellung auf dem geordneten Wege zu verlangen.

Wir haben ja unser Bedenken gegen den Entwurf vorher geäußert. Vor allem war es die nach unserer Meinung durch den Entwurf und die darin vorgesehenen Aufsicht- und Ueberwachungsmaßnahmen eingeschränkte Selbständigkeit der Kreisorganisationen und ihrer Institutionen, die wir für bedenklich hielten. Nach unserer Meinung sind durch den etwas vorzeitigen Schluß der Generaldebatte die Vertreter dieser Ansichten nicht in ausreichender Weise in der Lage gewesen, ihre Gründe ins Feld zu führen, dagegen war der Debattefluß am nächsten Tage, nachdem die eingeleitete Kommission einstimmig die Annahme der wenig geänderten Vorlage empfahl, das richtige.

Damit war die Sache entschieden, und die Parteigenossen im Lande, die vorher anderer Meinung waren, werden sich selbstverständlich damit abfinden und abwarten, wie das neue Parteigesetz wird.

Wir können unsresseits nur die Erwartung ausdrücken, daß die günstigen Umstände, die sich die Befürworter des Entwurfs für die Entwicklung unserer Bewegung davon verheißt, in Erfüllung gehen mögen. Die günstige Entwicklung der Bewegung am Morgen hat sicher den richtigen Zeitpunkt eröffnet, um den dem ganzen Lande die Regierung an ihre Adresse zu ermahnen, Vorsorge gegen eine Hungersnot zu treffen. Die Erklärung des Genossen Prähdorf am zweiten Tage der Verhandlung wurde deshalb mit demonstrativem Beifall begrüßt.

Die Situation ist glänzend für unsere Partei in Sachsen: Die Organisationen sind gewachsen, unsere Munition ist reichlich und es kommt bei dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf noch ein furchtbarer Bundesgenosse: der Hunger. Wir sind, um der dem ganzen Lande die Regierung an ihre Adresse zu ermahnen, Vorsorge gegen eine Hungersnot zu treffen. Die Erklärung des Genossen Prähdorf am zweiten Tage der Verhandlung wurde deshalb mit demonstrativem Beifall begrüßt.

Eine von großer Gründlichkeit und Sachkenntnis geprägte Rede war die des Genossen Lange-Keipig über den Entwurf der Organisationsreform. Mit den in dem Antrag Landesversammlung gebrachten Grundlinien erklärte sich die Versammlung einverstanden. Sie wird eine außerordentlich wichtige Grundlage für die Führung unserer Fraktion bei der nächsten Landtagsession sein und außerdem wertvoll ergänzt wird durch die vom Zentralkomitee herausgegebenen, schon kurz besprochenen Statistiken.

Das Verbot über die Reichstagswahl hatte dem Verordnungsamt keine Schwierigkeiten gemacht, die sich zu einem gewissen Standpunkt verhalten und den auch von uns nicht abgelehnt, damit eine gute Wahlparole zu haben, eine Linie der Parallelen in der Bevölkerung hergeleitet werden. Gegen alle bürgerlichen Parteien! müsse unser

Schlachtruf sein. In Sachsen braucht man sich, wie wir schon in unserem Begrüßungsartikel sagten, kaum mit der Stichwahlparole zu befassen, da wir die Forderung haben dürfen, in allen Kreisen, in denen wir nicht in der Hauptwahl siegen, selbst in der Stichwahl zu stehen. Bei allen Parteigenossen dürfte wohl der feste Wille vorhanden sein, das rote Königsreich wieder herzustellen. Der begeisterte Kampfdruck unserer alten Genossen dürfte begeisterten Widerstand im ganzen Lande finden.

Sicher werden überall in eifrigster Weise Vorbereitungen für die große Entscheidungsschlacht getroffen werden. An allen Vorbereitungen für einen günstigen Ausgang fehlt es nicht. Aber es war ganz angebracht, daß in der kurzen Debatte ein Genosse darauf hinwies, daß die Gegner, insbesondere die Konserverbrenner, ihre ganze Kraft auf die landlichen Kreise werfen werden und daß deshalb eine intensive Agitation unter den Landarbeitern, und wie Geier im Schlachtwort hinzusetzte Kleinbauern, ein erstes Erfordernis für die Erfüllung unserer Hoffnungen sei.

Die Wahl Dresdens und die einstimmige Wahl der bisherigen Mitglieder des Zentralkomitees zum nunmehrigen Landesvorstand beweisen, daß die Angriffe, die seinerzeit von Leipzig erfolgten, haltlos waren. Nicht ein Wort des Tadels wurde auf der Landesversammlung laut. Zu erwähnen ist noch die kurze aber ungewöhnliche Ablehnung der Versuche, die Partei in der Frage der Stellung zur Religion auf einen anderen nichtprogrammatischen Standpunkt zu drängen, durch den Berichterstatter des Zentralkomitees, Genossen Schülze.

Wir lassen unser Urteil über den Ausgang der Landesversammlung in die Worte zusammenfassen: Sie hat die Schlagkraft und die Einigkeit der Sozialdemokratie Sachsens erwiesen, sie hat fleißige Arbeit geleistet. Mögen ihre Beschlüsse und ihre Anregungen ein mächtiger Impuls sein zu eifriger Mitarbeit für die Erreichung der Ziele unserer Bewegung, mögen sie ein guter Ausfall sein für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf!

Vorwärts in Einigkeit und Geschlossenheit gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse!

Am Rande des Bürgerkriegs.

Ueber die Geschichte des gewaltigen Eisenbahnerkampfes in England findet sich eine sehr bemerkenswerte, der Wahrheit Ehre gebende Darstellung in den Daily News, einem Blatte, das zu den nächstbesten und wohlwollendsten Presseorganen der Regierung zählt. Dieses Blatt schreibt:

Am Donnerstag schlug die Regierung sowohl den Gesellschaften wie den Arbeitern eine königliche Kommission vor. Die Gesellschaften waren einverstanden. Die dumme Frage der Anerkennung der Organisation schien für sie aus dem Wege geräumt. Wenn die Arbeiter die königliche Kommission ablehnen, dann würden sie stark bedrückt erscheinen. Ueberdies ging die Regierung so weit, den Gesellschaften nach der Beginn der Verhandlungen eine schriftliche Vollmacht zu geben, die Truppen nach Belgien zu veranlassen. Es war dieses wertwürdige und wahrhaftig beispiellose Dokument, das die Gesellschaften veranlaßte, eine absolute Garantie eines gegenseitigen, wenn auch eingeschränkten Eisenbahndienstes zu verbinden. Das Bewußtsein, daß Truppen mit Kugeln und blanken Bajonetten faktisch zur Verfügung der Gesellschaften stehen würden, wo immer sich die Streikposten als wirksam erwiesen, schaffte sofort eine nie dagewesene Situation. Sie bedeutete, daß die Briand-Politik begonnen worden war, eine Politik, der es zwar gelang, den französischen Eisenbahnerstreik zu unterdrücken, die aber für die Briand-Regierung verhängnisvoll geworden ist.

Das war am Donnerstag. Die Arbeitervertreter waren in London, begierig, mit den Direktoren zu verhandeln. Aber die Regierung schlug einen anderen Weg ein. Der Ministerpräsident sprach zu den Arbeitervorständen, teilte ihnen in nicht vollinhaltlich veröffentlichten Ausdrücken mit, daß der einzige Vorschlag der Regierung eine königliche Kommission war, und warnte sie, daß die Ablehnung dieses Vorschlages die Arbeiter für unsinnlich verlegen würde. Die Rede verursachte eine so tiefe Enttäuschung und Ueberraschung, daß die Arbeitervertreter zu einem sehr ungünstigen Schlußes betreff der Unparteilichkeit der Regierung kamen. Der Streik wurde proklamiert und erlosch sich sofort. Die Regierung erwartete, daß die Arbeiter sich nach dem Scheitern der Verhandlungen erwehren würden. Und doch blieben die Verhandlungen auch in diesem Stadium noch bei ihrer Weigerung, mit den Arbeitern zu verhandeln, und die Regierung wandte sich nicht dagegen.

Am Donnerstagabend verlangte die Arbeiterpartei von der Regierung einen Tag, um das Referendum abzuhalten. In dieser Debatte wäre die ganze Geschichte der Verhandlung der Organisationsvorläufe der Öffentlichkeit vorgetragen worden. Das Ergebnis des Verlangens der Arbeiterpartei war Lord Georges persönliche Rede am Abend, und was viel wichtiger, die Wiederannahme des Unterhandlungs. Gieseler hatte auch das ernste Verhalten des Unterhandlungs Gewichts bei den Ministern. Die Verdrängung der Truppen durch die Regierung hatte offenbar die Grundlagen der parlamentarischen Freiheit in Mittelengland gezogen.

Am Sonntag morgen veröffentlichte ein Manifest, das von den Eisenbahnern mit tiefer Enttäuschung aufgenommen wurde. Es erhielt sofort seine Antwort von den Arbeitern: sie verzögerten

sich, in Verhandlungen einzutreten, wenn sie den Direktoren nicht von Angesicht zu Angesicht begegnen könnten.

Sonabend morgen wurden der Regierung die fürchterlichen und unberechenbaren Ergebnisse der Unterdrückungspolitik klar. Jeder einzelne Soldat stand Wacht oder hatte Befehl, es zu tun. Sobald sich noch mehr Unruhen einstellten, dann hätten die Reihen mobilisiert werden müssen. Die Regierung begann zu ahnen, daß, wenn auch der Streik am Montag oder Dienstag in Muttertraut werden konnte, so könnten doch die Arbeiter andere Maßregeln ergreifen.

Die Maschinenbauer, 100000 an der Zahl, waren bereit, sich den Eisenbahnern anzuschließen. Die schottischen Bergarbeiter machten ebenfalls tüchtige Vorbereitungen. ... Noch mehr, das ganze südwestliche Kohlengebiet, von dem die Flotte abhängt, wartete nur auf die Parole.

Vom politischen Gesichtspunkt war es angebracht der Haltung der Arbeiterpartei klar, daß die Regierung in der Herabsetzung zu Falle kommen würde, wenn die Politik der Knüttel, Bajonette und Kugeln bis über die Wochenwende fortgesetzt worden wäre, und das wohlwollend nur deshalb, weil die Regierung die Direktoren nicht zwang, mit den Arbeitern zu verhandeln.

Mit kurzem Entschluß wurde diese ganze Stellung von denen, die im Namen des Kabinetts handelten, aufgegeben. Eine Verzichtserklärung wurde an die Gesellschaften abgegeben, worin ihnen gesagt wurde, daß sie sich sofort und bedingungslos zur direkten Konferenz begeben müßten. Von Mittwoch bis Donnerstag saßen die Direktoren von Angesicht zu Angesicht mit den Vertretern der Gewerkschaften, die durch MacDonald und Henderson vertreten waren. Die Anerkennung der Organisation war bei dieser Gelegenheit erzwungen — am Rande des Bürgerkriegs.

Während England stand am Rande des Bürgerkriegs. Die herrschenden Mächte waren zu weit gegangen. Noch ein paar Tage solcher Truppenmobilisierung, solcher Arbeiterbeschäftigung, solcher höhergestellten bestialischen Setze gegen das Proletariat, solcher veritablem Kriegsrüstungen der kapitalistischen Zivilbevölkerung und ihrer Helfershelfer — und es gab kein Zurück mehr. Die Arbeiter des ganzen Reiches wären nicht zu halten gewesen.

Ueber die letzten Phasen des Kampfes und über seine allgemeine Bedeutung für die englische Arbeiterbewegung schreibt uns unser Londoner Korrespondent:

Die Eisenbahner können mit der neuen Vereinbarung zunächst zufrieden sein. Sie haben den Vorschlag einer Untersuchungskommission angenommen, aber nur, weil die Eisenbahndirektoren vom hohen Rohrn herabsteigen und mit ihnen direkt verhandeln mußten und weil sie ferner genügend Zusicherungen erhalten haben, daß die Untersuchungskommission nicht nur sofort zusammentreten und verhandeln, sondern auch höchstwahrscheinlich alle wichtigsten Forderungen der Arbeiter namentlich die der Anerkennung der Organisation und der allgemeinen Lohnerhöhung, berücksichtigen wird.

Die Vertreter der Arbeiter beauftragten sofort alle Lokalorganisationen von der Wendung. Sie schickten das folgende Telegramm ab: Vereinigter Exekutivrat hat den Streik beigelegt. In jeder Beziehung ein Sieg für die Gewerkschaften. Arbeiter müssen sofort wieder zur Arbeit zurückkehren. Am Sonntag veröffentlichte der Vereinigte Exekutivrat noch ein ausführliches Manifest an die Arbeiter, worin die Vorgeschichte des Konfliktes und die erzielten Friedensbedingungen eingehend erörtert werden. Das Manifest fährt dann fort: Dieser glänzende Erfolg ist nur erzwungen worden durch dem vollkommenen Zusammenhalten und der Einmütigkeit der vier Exekutivräte, die den Kampf leiteten, und dank der Loyalität und dem Mute der Massen unserer Organisationen.

Es muß klar verstanden werden, daß die Einigung nur dann eine bleibende sein wird, wenn die Regierung und die Eisenbahndirektionen sie treu einhalten. Wir werden ihnen jeden Bestand geben, um einen dauernden Frieden im Eisenbahndienst zu begründen, vorausgesetzt, daß sie auch ihr Teil beisteuern. Die Vorfrist erfordert es, daß wir bereit bleiben, damit wir nötigenfalls die Schlacht wieder aufnehmen können.

Die Arbeiter haben der Parole der Führer fast überall Folge geleistet, obwohl sie an sehr vielen Orten zuerst genauere Informationen über die Natur der Einigung verlangten. Im Londoner Hyde-Park wurde eine Massenversammlung von etwa 20000 Eisenbahnern abgehalten, in der die Führer des Streiks, die Abgeordneten der Eisenbahner Thomas, Hudson und Wardle, ferner der Vorsitzende der Arbeiterpartei, MacDonald, der zusammen mit den Arbeiterabgeordneten Henderson und Roberts bei den Unterhandlungen lebhaft beteiligt war, referierten. Es herrschte unbeschreiblicher Jubel, aber die Eisenbahner schienen wenig geneigt, die Vereinbarung kritisch hinzunehmen und es war deutlich zu erkennen, daß ein sehr großer Teil der Arbeiter viel lieber den Kampf bis zum sofortigen vollständigen Siege fortgesetzt hätte. Schließlich wurde die folgende Resolution ohne Widerspruch angenommen: „Dieses Massenmeeting von Eisenbahnern aller Grade nimmt die ausführliche Erklärung der Einigungsbedingungen entgegen und beschließt, in Anbetracht der Tatsache, daß die Eisenbahngesellschaften zum erstmaligen in der Geschichte den Grundlag des kollektiven Arbeitsvertrages anerkannt haben, indem sie mit unseren Beamten verhandelten und damit einen vitalen Grundlag der Gewerkschaften akzeptierten, daß wir, ohne diese Bedingungen als die endgültige

Umfeld